



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Ferdinand Mang AfD**
vom 05.12.2024

Gefährdungslage bei Gerichtsvollziehern

Es wird auf die Antworten der Staatsregierung auf die Drs. 19/2970 zum Thema „Schwierigkeiten und Gefährdungen bei der Durchführung von Zwangsvollstreckungen“ verwiesen.

Die Staatsregierung wird gefragt:

1. Wie erklärt die Staatsregierung, dass Gerichtsvollzieher mit Pfefferspray und Schutzkleidung (ballistische Schutzwesten und stichsichere Schutzjacken) ausgestattet werden, wenn doch keine auswertbaren Daten zu Gewaltvorfällen bei der Berufsgruppe der Gerichtsvollzieher vorliegen? 2
- 3.1 Welche konkreten Vorfälle oder Analysen haben zur Einführung der Schutzmaßnahmen geführt? 2
- 3.2 Warum werden diese nicht statistisch erfasst? 2
- 4.1 Warum wird ein mobiles Alarmsystem getestet, wenn laut Regierung keine Gefährdungsdaten vorliegen? 2
- 4.2 Sind diese Maßnahmen rein präventiv oder reaktiv aufgrund schwerwiegender Vorfälle (bitte schwerwiegende Vorfälle seit 2015 auflisten)? 2
- 2.1 Wie viele ballistische Schutzwesten bzw. stichsichere Schutzjacken wurden für Gerichtsvollzieher angeschafft? 2
- 2.2 Wie viele Gerichtsvollzieher haben von dem Angebot Gebrauch gemacht, eine kostenfreie stichsichere Schutzweste zu erhalten? 2
- 4.3 Wie ist der geplante Zeitrahmen für die Einführung eines mobilen Alarmsystems? 3
5. In wie vielen Fällen mussten seit 2015 Gerichtsvollzieher durch die Polizei unterstützt werden? 3
- Hinweise des Landtagsamts 4

Antwort

des Staatsministeriums der Justiz

vom 20.01.2025

1. **Wie erklärt die Staatsregierung, dass Gerichtsvollzieher mit Pfefferspray und Schutzkleidung (ballistische Schutzwesten und stichsichere Schutzjacken) ausgestattet werden, wenn doch keine auswertbaren Daten zu Gewaltvorfällen bei der Berufsgruppe der Gerichtsvollzieher vorliegen?**
- 3.1 **Welche konkreten Vorfälle oder Analysen haben zur Einführung der Schutzmaßnahmen geführt?**
- 3.2 **Warum werden diese nicht statistisch erfasst?**
- 4.1 **Warum wird ein mobiles Alarmsystem getestet, wenn laut Regierung keine Gefährungsdaten vorliegen?**
- 4.2 **Sind diese Maßnahmen rein präventiv oder reaktiv aufgrund schwerwiegender Vorfälle (bitte schwerwiegende Vorfälle seit 2015 auflisten)?**

Die Fragen 1, 3.1, 3.2, 4.1 und 4.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird insofern in vollem Umfang auf die Antwort zur Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD) vom 14. Juni 2024 (Drs. 19/2970) Bezug genommen. Insbesondere wird darin ausgeführt, dass die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher schon allein aufgrund der von ihnen ausgeübten Tätigkeit im Vergleich zu anderen Berufsgruppen größeren Gefahren ausgesetzt sind. Die in der Antwort dargestellten Schutzmaßnahmen sind daher unabhängig von konkreten Vorfällen angezeigt.

- 2.1 **Wie viele ballistische Schutzwesten bzw. stichsichere Schutzjacken wurden für Gerichtsvollzieher angeschafft?**
- 2.2 **Wie viele Gerichtsvollzieher haben von dem Angebot Gebrauch gemacht, eine kostenfreie stichsichere Schutzweste zu erhalten?**

Die Fragen 2.1 und 2.2 werden gemeinsam beantwortet.

Es stehen nach Mitteilung der Oberlandesgerichte München, Nürnberg und Bamberg bayernweit 197 ballistische Schutzwesten zur Verfügung, die entweder für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher angeschafft wurden oder von diesen im Rahmen von sog. „Pool-Lösungen“ am jeweiligen Gerichtsstandort mitgenutzt werden können.

Zudem wurden bisher 713 Schutzjacken aus Spezialgewebe mit hohem Schnitt- und Stichschutz (sog. Stichschutzjacken) geliefert. Von dem Angebotsangebot haben aktuell 575 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher Gebrauch gemacht. Die verbleibenden Jacken werden als Reserve (z. B. bei Neueinstellungen) vorgehalten.

4.3 Wie ist der geplante Zeitrahmen für die Einführung eines mobilen Alarmsystems?

Es ist beabsichtigt, die Pilotierung eines mobilen Alarmsystems für Bedienstete im Außendienst im Jahr 2025 zu beginnen. Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen zur Verfügung. Derzeit laufen die internen Vorbereitungen für die Beschaffung. Die Pilotierung selbst soll mindestens ein Jahr dauern. Nach Auswertung der Ergebnisse der Pilotierung kann über einen dauerhaften Einsatz entschieden werden.

5. In wie vielen Fällen mussten seit 2015 Gerichtsvollzieher durch die Polizei unterstützt werden?

Es liegen hierzu keine statistischen Daten vor. Entsprechende Daten wären nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand zu ermitteln.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.